

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/1 — 63300 — 5263/66

Bonn, den 14. April 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 27 Abs. 2 des Außenwirtschafts-
gesetzes die

Verordnung zur Änderung der Neunzehnten
Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste
— Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz —

mit Begründung.

Die Verordnung wurde im Bundesanzeiger Nr. 57 vom 23. März
1966 verkündet. Sie wird gleichzeitig dem Herrn Präsidenten
des Bundesrates zugeleitet.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

**Verordnung zur Änderung der Neunzehnten Verordnung
zur Änderung der Einfuhrliste
— Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz —**

Vom 18. März 1966

Auf Grund des § 27 des Außenwirtschaftsgesetzes
vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481) ver-
ordnet die Bundesregierung:

§ 1

§ 3 Satz 2 der Neunzehnten Verordnung zur
Änderung der Einfuhrliste — Anlage zum Außen-
wirtschaftsgesetz — vom 8. Dezember 1964 (Bundes-
anzeiger Nr. 230 vom 9. Dezember 1964) wird auf-
gehoben.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten
Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundes-
gesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 51 Abs. 4 des
Außenwirtschaftsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Ver-
kündung in Kraft.

Bonn, den 18. März 1966

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schmücker

Begründung

Die Aufhebung des § 3 Satz 2 der Neunzehnten Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste hat den Zweck, die Genehmigungspraxis des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft gegenüber Einfuhranträgen für Roh- und Heizöl für die Zukunft nur noch an die dem Bundesamt aufgrund des § 12 Abs. 2 AWG erteilten Richtlinien zu binden und sie auf diese Weise flexibler als bisher zu gestalten.